

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **E.-W. Böckenförde: Menschenwürde unantastbar?**
- **Dr. Hans-Joachim Maaz: Von der Demokratie zur Diktatur der Irrationalität**
- **Chaim Noll: Bärbel Bohley, die Frau, die es voraussah**
- **G. Teuchert-Noodt: Der Digitalpakt wird unseren Kindern sehr schaden. Eigentlich unverantwortlich.**
- **Karin Leukefeld: Eine sehr westliche Waffe: Die Sanktionen der USA und der EU treffen alle Syrer**
- **German-Foreign-Policy: Politik der verbrannten Erde**
- **Stefan Korinth: Entrüstet euch!**
- **solidarwerkstatt.at: Die SSZ-Aufrüstungsunion - Die ...**
- **Aaron Rosenbaum: Die Waffenbrüder**
- **sputnik: EU-Länder beunruhigt über Initiativen von Paris und Berlin**
- **Sharm El-Sheikh summit declaration**
- **Alfred de Zayas: Der Notruf**
- **V. Guzmán: Guterres: "Militärinterventionen in Lateinamerika gehören der Vergangenheit an"**
- **Germ.-For.-Pol.: "Den Zusammenbruch beschleunigen"**
- **Etienne Chouard: Gelbwesten – Auftakt zu neuen Repräsentationsformen**
- **Ernst Wolff: IWF-Vorschlag: Zwangsenteignung per Bargeldabwertung**
- **ard.mediathek.de: Die unheimliche Macht der Berater**

Zitat des Monats von [Benjamin Franklin](#):

Es gab nie einen guten Krieg oder einen schlechten Frieden.

Diese Ausgabe beginnt mit einem grundsätzlichen juristisch fundierten Beitrag des kürzlich verstorbenen Rechtsphilosophen Böckenförde zur naturrechtlich gegebenen **Menschenwürde**. Er betont den Wert des Lebens, auch des vorgeburtlichen, gegenüber aktuellen Tendenzen, die dies umwerten wollen. Im Anschluss folgt ein Vortrag von Dr. Maaz (Video), der die Bedeutung einer beziehungsreichen **frühkindlichen Persönlichkeitsentwicklung** gegenüber aktuellen Tendenzen zu einer falschen "Sozialisierung" in der frühkindlichen Erziehung darstellt. Auf diesem Feld wird auch über die Qualität einer Demokratie entschieden! Der Beitrag von Frau Teuchert-Noodt ergänzt dieses Thema mit einer Analyse über die schädliche Wirkung auf Heranwachsende, wenn sie einer zu **frühen Digitalisierung** ausgesetzt werden – was mit dem vom Bundestag beschlossenen "Digitalpakt" geschehen soll.

Die verstorbene DDR-Bürgerrechtlerin Bohley wird mit fast prophetischen Aussagen von 1991 zitiert, in denen sie die "Optimierung" der derzeitigen Propaganda durch **Adaption der Stasi-Methoden** voraussagt.

Zwei Beiträge über die **Situation in Syrien** zeigen aktuelle Hintergründe und Folgen dieses Krieges auf. Die globale Kriegsgefahr durch Aufrüstungspläne wird auch deutlich im Beitrag zur **Kündigung des INF-Vertrages** und zur EU-Strategie, die seit Jahren in diese Richtung tätig ist. Aaron Rosenbaum zeigt auf, dass der verabschiedete "**Aachener Vertrag**" zwischen Deutschland und Frankreich vor allem deren Waffenbrüderschaft befördern soll. Sogar innerhalb der EU regt sich Widerstand gegen diese Vormachtstellung der beiden größten EU-Länder. Immerhin hat die EU aber zusammen mit der Arabischen Liga eine Deklaration mit **kritischer Würdigung der israelischen Siedlungspolitik** verabschiedet.

Welche Überlegungen in Frankreich zu einer Demokratisierung des Landes diskutiert werden, zeigt das Interview mit Etienne Chouard, einem Protagonisten der **Gelbwestenbewegung**.

Die aktuelle **Situation in Venezuela** wird in drei Beiträgen dargestellt, wobei vor allem der Aufruf an die UNO des ehemaligen UN-Menschenrechtsbeauftragten de Zayas zu würdigen ist.

Ernst Wolff beschreibt die Absichten des IWF zur Bargeldabschaffung zugunsten einer massiven Machterweiterung der Großbanken. Wie die vier großen internationalen "**Wirtschaftsprüfungs**"firmen dasselbe Ziel verfolgen und darüber hinaus Steuersparmodelle im großen Stil zulasten der Bürger in aller Welt verkaufen, zeigt der letzte Beitrag auf.

[Inhalt](#) ↑

• Ernst-Wolfgang Böckenförde: **Bleibt die Menschenwürde unantastbar?**

[Art. 1 \(1\) GG](#) lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Angesichts der ungeheuren Fortschritte der Biomedizin und Biotechnologie nimmt Matthias Herdegen eine neue Kommentierung dieses Artikels vor, bei der der Schutz des vorgeburtlichen Lebens entgegen der bisherigen Kommentierung von Günter Düring relativiert wird.

Vergleichbar ist die Umstellung in der Bewertung der Menschenwürde durch Hasso Hofmann hin zu einer sozialen Anerkennungstheorie, so dass die Menschenwürde zu einem Relations- oder Kommunikationsbegriff in Abhängigkeit von der jeweiligen Anerkennungsgemeinschaft umgedeutet wird. So reduziert Hofmann die Würdegarantie auf die Mitglieder der Anerkennungsgemeinschaft,

womit vorgeburtliches und erloschenes Leben ausgeschlossen bleibt. Auch nach Horst Dreier und Brigitte Zypries hat der Embryo keinen Menschenwürde-Status.

Dies darf nach Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Bundesverfassungsrichter, nicht sein, da die Würde des Menschen naturrechtlich gegeben und nicht vom Menschen (positiv) gesetzt ist. Dies wurde laut Rosemarie Will so vom Parlamentarischen Rat gewollt. Für Rosemarie Will muss die ["Anerkennung und Achtung der Würde vom Ursprung an, dem ersten Beginn dieses menschlichen Lebens, bestehen"](#). Dieser erste Beginn eigenen Lebens des sich ausbildenden und entwickelnden Menschen liegt nun aber in der Befruchtung, nicht erst später.

[Ernst-Wolfgang Böckenförde](#), Jg. 1930, † 24.02.2019, deutscher Staats- und Verwaltungsrechtler sowie Rechtsphilosoph; Von 1983 bis 1996 Richter des Bundesverfassungsgerichts. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Dr. Hans-Joachim Maaz: **Von der Demokratie zur Diktatur der Irrationalität**

Dr. Hans-Joachim Maaz (Arzt/Psychiater) nimmt in seinem Vortrag "Von der Demokratie zur Diktatur der Irrationalität" [eine Analyse der jetzigen Situation des Bürgers in Deutschland](#) vor (Video, 1h06).

Er konstatiert, dass schon lange in unserem Land keine Demokratie herrsche, sondern die Irrationalität die gesellschaftliche Debatte und Struktur beherrsche.

Er setzt sich leidenschaftlich für gelebte, bei Jedem innerlich verankerte Demokratie ein.

Im Vortrag zeigt er auf, dass die heutige Politik in Zeiten der Globalisierung z.B. in ihrem Gut-Böse-Schema (das er als "primitivsten Abwehrvorgang unserer Seele" beschreibt) gänzlich an den Menschen vorbei stattfindet und diese so auch krank mache.

Bereits zur Zeit der DDR, in der er lebte, beschäftigte ihn das "Wendehalssyndrom" von Menschen z. B. vom "Faschisten" zum "Antifaschisten" und die Bedeutung von "äußerer und innerer Demokratisierung".

Dr. Maaz führte eine 30-jährige Langzeitstudie durch, bei der er die Bedeutung der frühen Beziehungsqualität zwischen Mutter und Kind in den ersten 3 Lebensjahren auf die weitere Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit im gesellschaftlichen Zusammenwirken erforschte. (86 % der Kinder in der DDR waren in den ersten Lebensjahren in Krippen.) Aufgrund der von ihm erforschten "Mütterlichkeits- und Väterlichkeitsstörungen" benennt er aufgrund seiner Forschungsergebnisse die möglichen "Selbstentfremdungsstörungen" von Menschen. Hiermit meint er die persönlichen Schwächen, Neurosen, Ängste, fehlgeleitete Kompensationsstrategien u.a.m., die sich aufgrund einer fehlerhaften, mangelhaften frühkindlichen Betreuung ergeben.

Diese, so ist sein Ziel, sollen von jedem Einzelnen erforscht und erkannt werden, damit jeder zu einer "innerseelischen Demokratisierung" kommt, die ihn befähigt, das eigene Gute in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen, gestärkt durch eine eigene Beziehungskultur mit anderen. Dieser innerlich erlebte Wunsch nach gelebter Demokratie und Partizipation verhindert somit, dass der Mensch sich durch die von Dr. Maaz analysierten realen Irrationalität unserer Gesellschaft vereinnahmen lässt. In diesem Zusammenhang betont er die enorme Bedeutung der Frühbetreuung durch Mütter.

Die von Maaz angesprochene Problematik der Kinderkrippen in den Ostblockstaaten war Anlass für den Tschechoslowaken Dr. Matejcek, die Auswirkungen der sehr frühen Trennung der Kinder von der Mutter zugunsten der Einbindung der Frauen in den Arbeitsprozess zu untersuchen. Die erschreckende Wirkung der Unterbringung der Kinder in den Krippen wird in dem Doku-Film "Kinder ohne Liebe" dargestellt, der im Ostblock nicht veröffentlicht werden durfte. Der Film ist, soweit wir das feststellen können, nur [käuflich zu erwerben](#); [Dr. Jakoslav Stukma](#) kommentiert diesen Film (Video, 0h06). Ergänzend beschreibt die Kinderärztin [Maria Steuer die Bedürfnisse der Kinder](#) (Video, 0h08). Rainer Stadler kommentiert die derzeitige KiTa-Politik, bei der es um die Wirtschaft und [nicht um die Familie](#) geht. (Red.)

[Dr. Hans-Joachim Maaz](#), Jg. 1943, von 1980 bis 2008 Chefarzt der Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik im Diakoniewerk Halle (Saale); langjähriger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für analytische Psychotherapie und Tiefenpsychologie (DGAPT); Vorsitzender des Choriner Instituts für Tiefenpsychologie und psychosoziale Prävention (CIT). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Chaim Noll: **Bärbel Bohley, die Frau, die es voraussah**

Chaim Noll erinnert sich an die 2010 verstorbene DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. [In einem Gespräch sagte sie bereits 1991 Folgendes](#): “Die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“

Es ist kein Zufall, dass Bärbel Bohley, eine Ikone der Bürgerrechtsbewegung in der DDR, im Nach-Wende-Deutschland keine Rolle spielte, aber Mitläufer wie Angela Merkel Karriere machten.

[Inhalt](#) ↑

- Gertraud Teuchert-Noodt: **Der Digitalpakt wird unseren Kindern sehr schaden. Eigentlich unverantwortlich.**

Der Bundestag hat am 21.02. mit 574 Ja-Stimmen (und 74 Nein-Stimmen) den [Digitalpakt für die Schulen abgesegnet](#) und damit den Weg für eine Grundgesetzänderung frei gemacht. Der Digitalpakt sieht vor, dass der Bund den Ländern ab 2019 innerhalb von fünf Jahren 5 Mrd. Euro für Laptops oder Tablets in den Schulen zur Verfügung.

Für die Neurobiologin Teuchert-Noodt werden damit [die langjährigen negativen Erfahrungen anderer Länder nicht zur Kenntnis genommen](#), die daher inzwischen zu klassischen Lernkonzepten zurückkehren. Die digitalisierten Kinder leiden aufgrund der medialen Überschleunigung an schweren Konzentrationsschwächen und Denkproblemen. Das fange schon im Säuglingsalter an, wenn das Smartphone die Zuwendung der Mutter zu ihrem Kind und damit die erste Sozialisation stört: Das Kind verweigert irgendwann den Blickkontakt zur Mutter.

Kommt dann im Kleinkindalter eigenes Surfen des Kindes hinzu, verfestigt sich die Verhaltensauffälligkeit zu Lernschwächen und dann zum Drogenkonsum, zur Sucht, da der Umgang mit digitalen Medien im Kindesalter zu einer pathologischen Nervenetzbildung im Hirnzentrum führt, nachdem schon die vorgeschalteten Nervenetze von Seh- und Hörbahn pathologisch verändert wurden.

Die digitalen Medien schädigen das Gehirn von Kindern und Jugendlichen viel schwerwiegender als eine Demenz. Werden aber elementare Bedürfnisse wie Krabbeln, Laufen, Klettern gefördert, können die Nervenzellen der einzelnen Hirnfelder sehr viele Kontakte mit sehr vielen anderen Zellen ausbilden, kann ein intelligentes Gehirn heranreifen. “Wenn [sich der Mensch] den digitalen Medien verschreibt, läuft er Gefahr, sich zu verlieren. Verschreibt er bereits sein Kind den Medien, so ist dieses verloren.“

Heike Schmoll beleuchtet die mit dem Digitalpakt aufgekommene [Auseinandersetzung um die föderale Struktur der deutschen Bildungspolitik](#) und stellt fest: Weder die nicht optimale Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern noch die Versäumnisse auf beiden Seiten noch die bedenklich langsame Kultusministerkonferenz sind ein Grund, die Kompetenzverteilung in der

Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern über Bord zu werfen, schon gar nicht für diesen Digitalpakt. Durch eine Zentralisierung der Bildungspolitik, werde diese nicht besser, denn im fernen Berlin könne man nicht besser wissen als in der Fläche Baden-Württembergs oder in einem Vorort Hamburgs, wo die Schwächen des Systems liegen. Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne [Eisenmann sieht das auch so und ruft die Bundesländer auf](#), mit einem Staatsvertrag für eine höhere Durchlässigkeit von Bildungsgängen zwischen den Ländern, für mehr Verbindlichkeit und damit auch für mehr Verlässlichkeit im Bildungsföderalismus zu sorgen.

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Eine sehr westliche Waffe: Die Sanktionen der USA und der EU treffen alle Syrer**

Die Sanktionen des Westens, der USA und der EU, gegen Syrien treffen vor allem die Bevölkerung des kriegsgeschundenen Landes. Sie sind ein Krieg gegen die syrische Wirtschaft, gegen den Wiederaufbau des Landes und gegen die Bevölkerung, deren Leid vergrößert wird. Karin Leukefeld stellt dar, dass die Sanktionen gegen Syrien seit 2011 existieren, jährlich verlängert und verschärft werden.

Laut dem UN-Berichterstatte Idriss Jazairy [verschärfen die einseitigen Strafmaßnahmen die humanitäre Krise in Syrien](#). Die Folgen des Krieges seien verheerend, das Bruttosozialprodukt sei um zwei Drittel gesunken, die Hälfte der Syrer im arbeitsfähigen Alter sei arbeitslos, die syrische Währung nur noch ein Zehntel so viel wert wie noch im Jahr 2010. Nahrungsmittel seien durchschnittlich acht Mal so teuer wie 2011, ein Drittel der Syrer könne sich nicht alle notwendigen Lebensmittel leisten.

Eine Beteiligung am Wiederaufbau Syriens oder eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Syrien werden von den USA, der EU und ihren regionalen Partnern strikt abgelehnt. Vielmehr sollen die Länder, die mit Syrien kooperieren bestraft werden. Diejenigen, die weiter an ihrem Land und vielleicht auch an dem syrischen Präsidenten Bashar al Assad festhalten, "sollen solange leiden, bis sie sich erheben und Assad zum Rücktritt zwingen", so das US-Außenministerium.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **Politik der verbrannten Erde**

Syrien steht wegen der neuen Sanktionen von EU und USA laut Einschätzung von Experten vor einem offenen Wirtschaftskrieg. Wie es in einer aktuellen Analyse des 'European Council on Foreign Relations' (ECFR) heißt, sind durch die Boykottmaßnahmen vor allem "die verwundbarsten Menschen in der syrischen Bevölkerung" von katastrophalen Folgen bedroht.

Die Sanktionen gegen Syrien werden schon seit Jahren international scharf kritisiert. Bereits im Jahr 2016 hieß es bei den Vereinten Nationen, es handle sich um "[das komplizierteste und am weitesten reichende Sanktionsregime](#), das jemals verhängt wurde"; UN-Mitarbeiter urteilten, nicht der Krieg, sondern die Sanktionen des Westens seien "der Hauptgrund" für den Kollaps des syrischen Gesundheitssystems.

Nachdem Brüssel jetzt die Maßnahmen sogar noch ausgeweitet hat, ist Washington dabei, Sanktionen zu verhängen, die sich gegen sämtliche Unternehmen und Länder richten, die Staatsprojekte zum Wiederaufbau Syriens unterstützen. Beim ECFR ist von einer "Politik der verbrannten Erde" die Rede.

[German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Stefan Korinth: **Entrüstet euch!**

Der Berliner Soziologe und Militärexperte Uwe Markus erläutert im Interview die Bedeutung und das Zustandekommen des nun von den USA gekündigten INF-Vertrags, der als vertrauensbildende Maßnahme wirkte. Beide Seiten hätten nur noch wenig Interesse am ursprünglichen Vertrag, der Vertragslücken wie see- und luftgestützte Marschflugkörper aufwies.

Vor allem die USA hätten das Regelwerk schon seit Jahren ausgehöhlt, sagt Markus, aber “beide Seiten wollen den INF-Vertrag, so wie er ist, nicht mehr”, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Der von vielen befürchtete Rüstungswettlauf wird ihm zufolge jedoch ausbleiben, denn Russland habe aus dem Kalten Krieg gelernt. Moskau wird im Rahmen einer nachholenden Modernisierung seines Potentials “asymmetrische Antworten” finden.

[Stefan Korinth](#), Jg. 1983, studierte Sozialwissenschaften, bildete sich dann journalistisch weiter. Heute freiberuflicher Journalist zu regionalen, sozialen und politischen Themen sowie aufgrund persönlicher Kontakte zur Ukraine. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- solidarwerkstatt.at: **Die SSZ-Aufrüstungsunion - Die Geburt eines Monsters**

Seit den 2010er Jahren prägt die Denkfabrik “Group on a Grand Strategy” (GoGS) immer stärker die EU-Sicherheits- und Militärpolitik. James Rogers, der Leiter der GoGS spricht offen aus, um was es geht: “Die EU muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden“.

Dazu braucht die EU die politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle über eine “Grand Area“, “die die östliche Nachbarschaft und das westliche Russland, den Kaukasus und große Teile Zentralafrikas, die arktische Region, die nördliche Hälfte von Afrika, den gesamten Nahen und Mittleren Osten, genauso den Indischen Ozean und Südost-Asien umfasst. Diese ‘Grand Area’ beinhaltet die meisten Rohstoffe, die von der europäischen Wirtschaft benötigt werden; alle zentralen Schifffahrtsrouten von Asien, Australien, Afrika und den Nahen und Mittleren Osten; alle Energiepipelines ...“.

Das EU-Strategiepapier von 2013 wiederholt dies im Wesentlichen und war Grundlage für den Beginn der militärischen Hochrüstung der EU, “um die militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Dazu wurde 2017 die “Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ oder auch Pesco) gegründet, die wie die NATO die Erhöhung der Militärausgaben auf 2% und Teilnahme an EU-Militärinterventionen verpflichtend vorsieht. Die SSZ will letztlich die Armeen der EU-Staaten in einer Euro-Armee zusammenführen.

Für die Solidarwerkstatt ist die SSZ ein Monster, “das wir so schnell wie möglich wieder loswerden sollten“.

Die ‘Solidarwerkstatt’ ist eine antimilitaristische Initiative, die für ein aktiv neutrales Österreich und eine solidarische Gesellschaft eintritt und die EU als Instrument von Großkonzernen und des Militärs ablehnt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Aaron Rosenbaum: **Die Waffenbrüder**

Der Aachener Vertrag dient in erster Linie dem Krieg und nicht der Völkerverständigung wie der Élysée-Vertrag. Laut Aaron Rosenbaum dient der Aachener Vertrag der Bildung eines französisch-

deutschen Superstaates im Herzen Europas, d.h. dieser [Vertrag schafft die Autonomie der beiden Staaten und damit die Selbstbestimmung ab](#).

Zudem wird über die Austauschprogramme u.a. mit NATO und EU sowie der Verpflichtung, die NATO zu stärken, auch die Vernetzung mit den USA erhöht. Verlierer werden nach Rosenbaum die einfachen Bürger beider Nationalstaaten sein. Das Zusammenwachsen zweier oder mehrerer Völker kann man nicht über Gesetze, Verordnungen oder Austauschprogramme verwirklichen.

[Aaron Rosenbaum](#), Jg. 1967, studierte Politik, Geschichte und Wirtschaft; arbeitet als Lehrer an einem Berufskolleg; Autor mit Schwerpunkt Politik und Gesellschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- sputnik: **EU-Länder beunruhigt über Initiativen von Paris und Berlin**

In einem gemeinsamen Schreiben, das u.a. die Unterschriften der Baltischen Länder, Polens, Tschechiens, Belgiens, Irlands, Dänemarks, der Niederlande und der Schweiz trägt, wird dazu aufgerufen, die Freiheiten des einheitlichen Marktes vor dem Hintergrund der französisch-deutschen Initiativen auf der Basis des Aachener Vertrags, darunter der Initiative zur Einschränkung der Rechte der befristet beschäftigten Ausländer innerhalb der EU, zu schützen. Der in Aachen unterzeichnete Vertrag hat bei den EU-Mitgliedern in Mittel- und Osteuropa die [Befürchtung hervorgerufen](#), dass es angesichts der Perspektive der Bildung eines "großen Tandems" und wegen des bevorstehenden Brexit zu ihrer Marginalisierung kommen könnte.

[Inhalt](#) ↑

- **Sharm El-Sheikh summit declaration**

Die EU und die Arabische Liga haben am 24./25.02.2019 auf dem Gipfel von Sharm-el-Sheikh (Ägypten) die "völkerrechtliche Rechtswidrigkeit israelischer Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten" benannt sowie "ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung auf der Grundlage aller einschlägigen UN-Resolutionen als einziger realistischer Weg bekräftigt, um die 1967 begonnene Besetzung, einschließlich Ost-Jerusalems, zu beenden und durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien, die alle Fragen des endgültigen Status behandeln, einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden zwischen Israelis und Palästinensern zu erreichen".

Die Teilnehmer "forderten alle Parteien auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um eine [grundlegende Änderung hin zu einer besseren Achtung des Völkerrechts](#), einschließlich der Menschenrechte und des humanitären Rechts, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Zivilisten im Gazastreifen, herbeizuführen". Die Teilnehmer tauschten ihre "Besorgnis über die Bedrohungen des internationalen und regionalen Friedens und der Sicherheit aus, einschließlich Terrorismus, Radikalisierung, destabilisierende Maßnahmen, Proliferation, illegaler Waffenhandel und organisierte Kriminalität".

Auch Syrien, Jemen und Libyen waren Thema.

Eine deutsche Übersetzung des englisch-sprachigen Artikels liegt derzeit nicht vor, kann aber mit [deepl.com](#) in recht guter Qualität ins Deutsche übersetzt werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Der Notruf**

Am 23.02.2019 wandte sich Alfred de Zayas an die UN. Er war bis 2018 unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats. Mit eindringlichen Worten macht er deutlich, dass die [US-Aktionen in Venezuela illegal](#) sind, und appelliert an die Einhaltung der UN-Prinzipien und des von ihm wörtlich zitierten Völkerrechts.

U.a. zitiert de Zayas Art. 19 der OAS-Charta: "Kein Staat und auch keine Gruppe von Staaten hat das Recht, sich direkt oder indirekt, aus welchem Grund auch immer, in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen. Das eben erwähnte Prinzip verbietet nicht nur Waffengewalt, sondern auch jede andere Form von Einmischung oder versuchter Drohung gegen die Individualität eines Staates oder seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elemente."

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Vilma Guzmán: **Guterres: "Militärinterventionen in Lateinamerika gehören der Vergangenheit an"**

Der UN-Generalsekretär António Guterres hat am 25.02.2019 mit Blick auf entsprechende Drohungen der USA gegen Venezuela betont, Lateinamerika verfüge über eine lange demokratische Tradition, "die autoritären Regimes keine Chance lässt", und fügte hinzu, [eine Intervention "könnte nur im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen erfolgen"](#) und es sei "naiv zu denken, dass es möglich wäre, unter [den gegebenen] Umständen Einigkeit zu finden."

Am letzten Februar-Wochenende hatte der Generalsekretär in einem Kommuniqué zur Ruhe in Venezuela aufgerufen und "alle Akteure" aufgefordert, Spannungen abzubauen und alles zu tun, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Am 23.02.2019 versuchte der selbsternannte Interimspräsident Juan Guaidó mit Hilfe Brasiliens, Kolumbiens und den USA, mit Hilfslieferungen nach Venezuela vorzudringen. Die Aktion fand ohne Beteiligung der UNO und des IKRK statt. Mit der UNO wurden seitens Venezuela getrennte Hilfslieferungen vereinbart.

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **"Den Zusammenbruch beschleunigen"**

Nach dem Scheitern der ersten Durchbruchversuche mit vorgeblichen Hilfstransporten an der venezolanischen Grenze erhöhen Washington, Berlin und Brüssel den Druck auf Caracas. Das "Maduro-Regime" müsse "seine Blockade aufgeben", verlangt Bundesaußenminister Heiko Maas, während sein US-Amtskollege offen mit einem US-Überfall auf Venezuela droht.

Auch eine Verschärfung der Sanktionen gegen das Land ist in Washington und in Brüssel im Gespräch. Um den gewünschten Umsturz in Caracas zu erreichen, sei es "vielleicht die beste Lösung, den Zusammenbruch zu beschleunigen", äußert der einstige US-Botschafter in Venezuela, William Brownfield: Dazu müsse man bereit sein, [die Notlage der Bevölkerung mit Sanktionen drastisch zu verschlimmern](#). "Das gewünschte Ergebnis" rechtfertige auch Grausamkeiten gegenüber "Millionen und Abermillionen von Menschen". Bereits das jetzige westliche Vorgehen (inkl. Putschaufrufen) bricht internationales Recht sowie eherne Grundsätze humanitärer Hilfe. Debatten venezolanischer Umstürzler, wie "Lösungen für Venezuelas Drama" erreicht werden könnten, werden auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) organisiert.

[Inhalt](#) ↑

- Etienne Chouard: **Gelbwesten – Auftakt zu neuen Repräsentationsformen**

Das Interview ist die konzentrierte Form eines längeren Videos, das Etienne Chouard der französischen Monatszeitschrift "Ruptures" für ihre elektronische Ausgabe gegeben hat. Chouard hat 2005 gegen den EU-Verfassungsvertrag gestimmt. In diesem Referendum war das Nein der

Franzosen mehrheitlich, wurde aber übergangen. Seitdem beschäftigt er sich mit dem Thema des "Rérérendum d'initiative citoyenne".

Es geht darum, nicht mehr eine bestimmte Gesetzesregelung zu fordern, sondern sich nicht mehr dem Wohlwollen der gewählten Vertreter zu unterwerfen und stattdessen [Gesetze für alle Themen durch das Volk beschließen zu lassen](#). Der jetzige Status der Repräsentation ist durch emanzipiertes Handeln des Souveräns zu ersetzen. Um mit der Veräußerung von Volkssouveränität an die Reichen Schluss zu machen, muss Frankreich aus der EU austreten. Bei seinen Vorstellungen über ein emanzipiertes Handeln des Souveräns geht Chouard von den Überlegungen der alten Griechen zur Demokratie aus und bezieht auch immer wieder die direkte Demokratie der Schweiz mit ein, auch wenn dies in diesem Interview nicht ausdrücklich gesagt wird, so schwingt es doch mit.

[Inhalt](#) ↑

- Ernst Wolff: **IWF-Vorschlag: Zwangsenteignung per Bargeldabwertung**

Ernst Wolff wirft dem IWF vor, einer der wichtigsten Verbündeten der ultrareichen Elite zu sein, wenn es darum geht, Schulden der internationalen Großbanken bei eigentlich bankrotten Staaten einzutreiben. So werden die Schulden durch Austeritätspolitik auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt, indem Renten gekürzt, Sozialausgaben zusammengestrichen und Gesundheitssysteme zerstört werden.

Um das bestehende und für die Elite profitable Finanzsystem um jeden Preis am Leben zu erhalten, hat der IWF bereits 2013 ein Papier unter dem Titel "Taxing Times" veröffentlicht, in dem er vorschlägt, die öffentlichen Finanzen im Fall einer neuen Krise durch eine einmalige 25prozentige Steuer auf alle Bankguthaben zu sanieren. Um die Flucht in Bargeld zu unterbinden, [soll Bargeld gegenüber elektronischem Geld abgewertet werden](#), d.h. bar bezahlte Waren gegenüber elektronisch bezahlter Ware teurer machen.

[Ernst Wolff](#), Jg. 1950, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA Philosophie und Geschichte. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik. Autor des Buches "Weltmacht IWF - Chronik eines Raubzugs" war. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- ard.mediathek.de: **Die unheimliche Macht der Berater**

Die vier Unternehmens- und Steuerberatungsfirmen Ernst & Young, PwC, KPMG und Deloitte haben über ihren Einblick, über ihr Herrschaftswissen [eine unheimliche Macht und steuern die Politik](#). Dafür arbeiten fast eine Million Mitarbeiter in mehr als 180 Ländern. Ihr Netzwerk geht in die Parteien, in die Regierungen hinein. Man nennt sie die "Big Four":

Sie arbeiten aber nicht nur als Wirtschaftsprüfer (und lassen dabei offensichtlich gefälschte Unterlagen unbeanstandet) sondern bei den gleichen Firmen lukrative Beraterverträge; wobei sich die Beratung in eine Unternehmens- und eine Steuerberatung unterteilt. die "Big Four" entwerfen Steuer(spar)modelle, die von den Steuerbehörden freigegeben werden. Damit wird der Rechtsstaat ausgehebelt. So gehen den Steuerbehörden in der EU rund 1 Bill. Euro durch Steuervermeidung verloren.

Ein Vorstoß von EU-Kommissar Barnier, Wirtschaftsprüfung und Beratung durch eine Hand zu verbieten, wird auf EU-Ebene durch massive Einflussnahme der "Big Four" auf das Verbot der Kopplung von Prüfung und Steuerberatung reduziert. In Deutschland wird daraus ein wirkungsloses Gesetz gemacht. Aufgrund ihrer eigenen schwachen Institutionen macht sich die Politik von der Beratung durch die "Big Four" abhängig. (Video, 0h45)

[Inhalt](#) ↑